

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden =
Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 41 (2015)

Heft: 4

Artikel: Aus den Augen - aus dem Sinn? : Die australische Flüchtlingspolitik der
Abbott-Regierung

Autor: Missbach, Antje

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894022>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus den Augen – aus dem Sinn? Die australische Flüchtlingspolitik der Abbott-Regierung

Antje Missbach*

Seit über zwei Jahren wird Australien von der konservativen Regierung unter Premierminister Tony Abbott bzw. von Malcolm Turnbull geführt. Eines ihrer wesentlichsten Regierungsziele ist das Fernhalten von *boat people* – also von Asylsuchern aus Afghanistan, Pakistan, Irak, Iran, Burma, Sri Lanka und anderen Ländern, die per Boot von Indonesien nach Australien zu gelangen versuchen. Für die Umsetzung dieses Regierungsziels sind der australischen Regierung keine Mittel zu schade und keine Finanzausgaben zu hoch. Seit September 2013 ist die Zahl der Bootsflüchtlinge in der Tat stark zurückgegangen. Die von der australischen Regierung verordneten Abschreckungs- und Bestrafungsmassnahmen für Asylsuchende sind aufgegangen. So absurd es auch erscheinen mag: per Gesetz wurde 2013 das gesamte Territorium Australiens von der Migrationszone «ausgeschlossen». Das bedeutet, dass Asylsuchende, die per Boot nach Australien kommen, keine Chance haben, einen Asylantrag in Australien zu stellen, sondern sie werden seit November 2012 in Drittländer verfrachtet. Obwohl die jetzige Asylpolitik in vielerlei Hinsicht eine Weiterführung der Politik der vorherigen Labor-Regierungen unter Julia Gillard und Kevin Rudd ist, gibt es einige drastische Neuerungen.

Unmittelbar nach der gewonnenen Wahl im September 2013 startete die Abbott-Regierung «Operation Sovereign Borders». Unter Führung des Militärs werden sämtliche Flüchtlingsboote abgefangen. Seit Beginn der Operation bis August 2015 wurden nach Angaben der Regierung 20 Boote und 633 Asylsuchende zur Rückkehr gezwungen. In der Mehrzahl der Fälle

wurden die Flüchtlingsboote nach Indonesien abgeschoben. Dabei sind die Australier wiederholt ohne Genehmigung und «aus Versehen», wie es in den offiziellen Regierungsstellungnahmen heisst, in die indonesische 12-Meilen-Hoheitszone eingedrungen. Der Protest aus Indonesien verhallte allerdings recht bald. In weiteren Fällen wurden Asylsuchende direkt an Angehörige der sri-lankischen Marine ausgehändigt oder den vietnamesischen Behörden übergeben.¹ Angesichts der desolaten Menschenrechtssituation in Sri Lanka stellt diese Übergabe einen eklatanten Verstoss gegen die internationale Flüchtlingskonvention, die Australien bereits 1954 unterzeichnet hat, dar.² Wie Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen angeführt haben, drohen den Rückkehrern in Sri Lanka, wenn sie im Verdacht stehen, mit den Tamil Tigers zu sympathisieren, körperliche Gewalt, Gefängnisstrafen und Folter durch Polizei und Militär in sogenannten Rehabilitierungslagern. Darüber hinaus ist es nach sri-lankischem Recht strafbar, das Land illegal zu verlassen, d.h. zurückgekehrte Asylsuchende können auch für das Verlassen des Landes belangt werden. Wie aus Berichten des australischen Verteidigungsministeriums hervorgeht, ist dort sehr wohl bekannt, dass RückkehrerInnen sich ausführlichen Untersuchungen durch den sri-lankischen Geheimdienst unterziehen müssen. Nicht zuletzt warnt das australische Verteidigungsministerium auf seiner Homepage: «We advise you to exercise a high degree of caution in Sri Lanka at this time because of the unpredictable security environment.» Dennoch hatten die Menschen an Bord keine faire Möglichkeit, die Gründe für ihre Flucht zu schildern und Asyl in Australien zu beantragen. Die verkürzte Befragung der australischen Immigrationsbehörde via Satellitentelefon umfasste gerade einmal vier Fragen (Name, Ursprungsland, Abreiseort und Grund der Abreise).

Nicht alle, die den Weg nach Australien suchten, konnten zur Umkehr gezwungen werden, mehrere Tausend Asylsuchende wurden von Australien in die im Pazifik ausgelagerten *detention camps* für unbefristete Zeit untergebracht. Dort leben sie un-

E-mail: antje.missbach@monash.edu



Antje Missbach, PhD, studierte Südostasienwissenschaften und Europäische Ethnologie an der Humboldt Universität zu Berlin und promovierte anschliessend an der Australian National University in Canberra über die politischen Einflüsse der acehnesischen Diaspora auf den separatistischen Konflikt in ihrer Heimat Indonesien. Sie lehrte an der Humboldt Universität zu Berlin und an der Universität in Heidelberg, bevor sie ein dreijähriges Postdoc-Programm an der Melbourne University absolvierte. Derzeit forscht sie an der Monash University, Melbourne. Zu ihren Veröffentlichungen gehören: *Politics and conflict in Indonesia: the role of the Acehnese diaspora*, Routledge, New York, 2011 und *Troubled transit: asylum seekers stuck in Indonesia*, ISEAS, Singapur, 2015. Ein Vorgänger dieses Beitrages wurde letztes Jahr bereits von der Antirassistischen Initiative Berlin veröffentlicht: http://zag-berlin.de/antirassismus/archiv/67_australische_fluechtlingspolitik.html

¹ Missbach, Antje: «Schlimmer geht immer», <http://www.abc.net.au/news/2015-08-06/dutton-confirms-asylum-seekers-sent-back-to-vietnam/6676780> (09.09.2015).

² Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge v. 28. Juli 1951; siehe http://www.unhcr.ch/fileadmin/user_upload/unhcr_ch/Mandat/GFK_und_Protokoll.pdf (09.09.2015).

ter schwierigsten Bedingungen, bis über ihre Anträge entschieden ist. Auch wenn sie als Flüchtlinge anerkannt werden, dürfen sie nicht nach Australien, sondern sie sollen sich entweder dauerhaft in Nauru, Papua-Neuguinea, oder einem anderen aufnahmewilligen Drittland ansiedeln.

1. Flüchtlingscamps im Pazifik

Wie bereits in der Zeit zwischen 2001 und 2007, unter der sogenannten Pacific Solution,³ hatte die australische Regierung unter John Howard in Nauru und auf der Insel Manus (zu Papua-Neuguinea gehörend) Camps errichten lassen. In dem Glauben, dass sich – nach dem Motto «aus den Augen, aus dem Sinn» – die kritischen Stimmen im Lande beruhigen würden, scheuten die australischen Regierungen weder Kosten noch Mühen, diese Camps zu errichten und zu betreiben. Schätzungsweise 400'000 bis 500'000 AU\$ pro Person pro Jahr muss die Regierung aufbringen, um die Asylsuchenden ausserhalb Australiens unterzubringen. Das ist ungefähr sieben Mal so viel wie eine Asylantragsbearbeitung auf dem australischen Festland kosten würde, da alles – von Baumaterialien bis hin zu Verpflegung und medizinischer Versorgung – eingeflogen werden muss. Pro Jahr gibt die Abbott-Regierung über 1,2 Milliarden für die *offshore*-Abfertigung der Asylsuchenden aus.⁴ Dazu kommen freilich noch viele weitere assoziierte Kosten für die Operation Sovereign Borders.

Rechtlich gesehen, birgt diese Unterbringung in Drittländern (*offshore processing*) viele rechtliche Grauzonen, weil nicht bis ins letzte Detail klar ist, ob die Camps schlussendlich unter australisches Recht oder papua-neuguineisches bzw. naurisches Recht fallen. Australien will sich jeglicher Verantwortung für die Asylsuchenden und Flüchtlinge entziehen, aber internationales Recht verbietet es Staaten, diese Verantwortung an andere Staaten zu übertragen. Im Unterschied zur früheren Pacific Solution, wo ein Grossteil der Asylsuchenden zwar jahrelang auf ihre Asylentscheide warten musste, aber letztendlich doch nach Australien (und in einige andere Drittländer) umgesiedelt wurde, ist bei der Neuaufgabe der Pacific Solution vorgesehen, dass anerkannte Flüchtlinge nicht mehr nach Australien umgesiedelt werden, sondern vor Ort oder in anderen Ländern in der Region integriert werden sollen. Ausserdem

umwarf die Abbott-Regierung auch Kambodscha, dass sich nach der Zahlung von AU\$ 55 Millionen Hilfsgeldern bereit erklärte, anerkannte Flüchtlinge dauerhaft aufzunehmen.⁵ Angesichts der vielen Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha haben das UNHCR sowie Amnesty International diesen Plan scharf kritisiert. Dennoch reiste eine Delegation aus Phnom Penh nach Nauru, um für das Umsiedlungsprogramm zu werben. Gerade einmal vier Flüchtlinge liessen sich anfänglich auf diesen *deal* ein, aber davon will einer jetzt doch nicht mehr in Kambodscha bleiben, sondern lieber wieder zurück nach Myanmar, wo ihm als Rohingya auch nur Schwierigkeiten drohen.⁶

Derzeit leben 637 Asylsuchende und Flüchtlinge auf der gerade einmal 21,2 km² grossen Insel Nauru und 942 auf Manus, viele von ihnen sind Kinder. Die Bearbeitung ihrer Asylanträge verläuft ausgesprochen schleppend und auch jetzt, teilweise fast drei Jahre nach ihrer Ankunft dort, sind noch nicht alle geklärt. Die Lebensbedingungen in den Camps sind ausgesprochen schlecht. Angesichts der Situation in Nauru, schreibt Amnesty International, nach der Besichtigung in seinem Bericht Ende 2012, von «einem toxischen Mix aus Unsicherheit, rechtswidriger Inhaftierung und unmenschlichen Bedingungen, die eine zunehmend unberechenbare Situation schaffen».⁷ Laut des Berichts verletzt nicht nur die australische, sondern auch die Regierung Naurus die Rechte der Asylsuchenden. Amnesty International fordert die unverzügliche Schliessung der Camps und den Transfer aller Asylsuchenden nach Australien. Im Februar 2013 veröffentlichte der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) einen Bericht über die Bedingungen in Manus, in dem es heisst, dass die gegenwärtigen Zustände nicht den internationalen Standards zum Schutz von Asylsuchenden (*protection standards*) entsprechen. Besonders kritisch sieht das UNHCR «das Fehlen eines voll funktionierenden rechtlichen Rahmens und eines funktionstüchtigen Systems für die Bearbeitung der Anträge der Asylsuchenden». Auch die Situation von Kindern und Jugendlichen ohne Begleitung bereitete dem UNHCR grosse Sorge.⁸ Immer wieder kamen Vorwürfe von

⁵ Siehe «Cambodia refugee deal: UNHCR, Amnesty International condemn refugee resettlement arrangement», <http://www.abc.net.au/news/2014-09-27/unhcr-deeply-concerned-by-australia-cambodia-refugee-relocation/5773242> (13.09.2015).

⁶ Murdoch, Lindsay: «Refugee wants to quit Cambodia following Australia's controversial \$55 million deal», <http://www.smh.com.au/world/refugee-wants-to-quit-cambodia-following-australias-controversial-55million-deal-20150906-gjgg25.html#ixzz3lcZ8nrBg> (13.09.2015).

⁷ Siehe <http://www.amnesty.org.au/refugees/comments/30726/>, sowie den neuesten Report: <https://www.amnesty.org/en/countries/asia-and-the-pacific/nauru/report-nauru/> (09.09.2015).

⁸ Siehe die Länderseite Nauru des UNHCR: <http://www.unhcr.org/pages/49e4889e6.html> (09.09.2015).

³ Phillips, Janet: «The «Pacific Solution» revisited: a statistical guide to the asylum seeker caseloads on Nauru and Manus Island», http://www.aph.gov.au/about_parliament/parliamentary_departments/parliamentary_library/pubs/bn/2012-2013/pacificsolution (09.09.2015).

⁴ Whyte, Sarah: «Government spends \$1.2 billion on offshore processing centres in one year», <http://www.smh.com.au/federal-politics/political-news/government-spends-12-billion-on-offshore-processing-centres-in-one-year-20150205-13708n.html> (09.09.2015).

sexuellem Missbrauch von Kindern in den Camps zu Tage. Etliche Mitarbeiter von NGOs, die in diesen Camps arbeiten, hatten sich trotz Schweigegebots mit Berichten über Missbrauch an die Öffentlichkeit gewandt, so dass der australische Senat letztlich eine Untersuchungskommission zu diesem Thema einrichten musste. In dem Abschlussbericht heisst es, dass die Bedingungen in den Camps «weder angemessen noch sicher sind für die darin Inhaftierten». Der verantwortliche Minister für Immigration, Peter Dutton, hat den Senatsbericht abgewiesen, da die Untersuchungskommission hauptsächlich von Mitgliedern der Opposition zusammengesetzt war. Die Forderungen nach einer dringenden Schliessung des Camps werden somit also nicht in absehbarer Zeit umgesetzt werden.

Für Journalisten, Aktivisten und Wissenschaftler ist es fast unmöglich, Zutritt zu den *detention camps* zu bekommen. Selbst Angehörige der australischen Opposition wurden bei ihren Besuchen bespitzelt.⁹ Seit der Verabschiedung des sogenannten *Australian Border Force Act 2015* ist es mittlerweile verboten, Informationen aus den Camps, zum Beispiel über Missbrauch, an die Öffentlichkeit oder die Presse weiterzugeben, Zuwiderhandeln kann mit bis zu zweijährigen Haftstrafen geahndet werden.¹⁰ Eine Gruppe von Ärzten und Mediziner protestierte gegen diese Gesetzesänderung, weil diese ihren hippokratischen Eid verletzt.¹¹

2. Widerstand

Die internierten Asylsuchenden ergeben sich ihrem Schicksal nicht ohne weiteres. Immer wieder dringen Berichte über Hungerstreiks und Selbstmordversuche ans Licht der Öffentlichkeit. Im Juli 2013 kam es zu einem Aufstand auf Nauru, bei dem mehrere Gebäude abbrannten. Mehr als ein Drittel der Asylsuchenden beteiligte sich an dem Aufstand, obwohl ihnen nicht nur Verurteilungen wegen Sachbeschädigung, sondern auch negative Auswirkungen auf ihre Asylgesuche drohten.

⁹ McDonald, Alex: «Nauru detention centre not safe for children, says Senate committee calling for full audit into abuse claims», 1 September 2015, <http://www.abc.net.au/news/2015-08-31/senate-inquiry-calls-for-children-to-be-removed-from-nauru/6738644> (13.09.2015).

¹⁰ Barns, Greg und George Newhouse: *Border Force Act: detention secrecy just got worse*, 28 May 2015, <http://www.abc.net.au/news/2015-05-28/barns-newhouse-detention-centre-secrecy-just-got-even-worse/6501086> (13.09.2015).

¹¹ «Doctors, health professionals call on Federal Government to repeal laws that prevent them speaking out about detention centres», 11 July 2015, <http://www.abc.net.au/news/2015-07-11/doctors-protest-detention-centre-laws-at-sydney-town-hall/6612532> (13.09.2015).

Mitte Februar 2014 kam es im Camp auf Manus zu schweren Ausschreitungen, bei dem der 23-jährige Asylsuchende Reza Barati aus dem Iran ums Leben kam und 77 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Sechs Tage lang behauptete der damalige Immigrationsminister Scott Morrison steif und stur, dass Reza nach einem Fluchtversuch ausserhalb des Camps starb. Letztlich musste Morrison einräumen, dass mit Macheten bewaffnete Einheimische in das Camp eingedrungen waren und dort ihrer Wut an Asylsuchenden freien Lauf liessen.

Trotz diverser Untersuchungen ist die Schuldfrage bis jetzt nicht eindeutig geklärt. Die Verdächtigen befanden sich lange auf der Flucht und der Prozess hat noch immer nicht begonnen. Allerdings verdeutlicht dieser tragische Fall drei Dinge, nämlich dass Asylsuchende bei solchen offshore-Regelungen noch zusätzlichen Gefahren für Leib und Seele ausgesetzt werden, dass die pazifischen Empfängerländer gänzlich überfordert sind und dass Australien versucht, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Statt dem viel propagierten Teilen von Lasten und Verantwortung (*burden-sharing*) sehen wir de facto das Abtreten von Zuständigkeiten (*burden-shifting*). Dieses Versagen der australischen Politik kostet Menschenleben. Im Oktober 2014 starb Hamid Kehazaei im Camp im Manus an einer Infektion, weil ihm nicht schnell genug Hilfe zuteil wurde und er zu spät in ein australisches Krankenhaus ausgeflogen wurde.

3. Unbegründete Panikmache in Australien

Laut des Berichts des UNHCR von 2014 hat die Zahl derjenigen, die weltweit zur Flucht gezwungen wurden, erstmals seit dem 2. Weltkrieg die 60-Millionen-Marke überschritten. Die Asien-Pazifik-Region ‚produziert‘ aufgrund vieler anhaltender und neuerer Konflikte nicht nur anhaltende Flüchtlingsströme, sondern gleichzeitig ist sie auch eine der wichtigsten Transit- und Auffangregionen. Australien erhält weniger als 1 Prozent der weltweit gestellten Anträge für Asyl. Pro Jahr nimmt Australien 13'500 Menschen aus den weltweiten Flüchtlingslagern entsprechend besonderer Auswahlkriterien auf. Von einer Flüchtlingskrise in Australien kann also nicht die Rede sein. Der Flüchtlingsandrang, den andere Länder in der Region zu bewältigen haben, ist weitaus höher. Beispielsweise in Thailand befinden sich derzeit über 130'000 Asylsuchende, Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen sowie eine halbe Million Staatenlose. Ende August 2015 lebten über 150'000 Flüchtlinge und Asylsuchende in Malaysia. Als im Mai 2015 Tausende Rohingya in Indonesien und Malaysia strandeten und Australien die Anfrage erhielt, ob es bereit wäre, einen Teil der Flüchtlinge aufzunehmen, entgegnete Tony Abbott nur mit:

«nein, nein, nein.»¹² Angesichts der Hunderttausenden von Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak, die derzeit vor dem Islamischen Staat fliehen, entschloss sich die Abbott-Regierung, ein Einmalkontingent von 12'000 Menschen aufzunehmen, allerdings nur von den religiösen Minderheiten.


4. Licht am Ende des Tunnels?

Für die nächsten Jahre ist mit wenig Besserung in Australiens Asylpolitik zu rechnen. Selbst wenn es zu einem Regierungswechsel kommen sollte, heisst das nicht, dass die drakonischen Abschreckungs- und Bestrafungsmassnahmen abgeschafft werden, da auch

die Labor Party an der jetzigen Asylpolitik festhalten will. Immerhin hatte sie als Vorgängerregierung diese zum Teil eingeführt und damit zumindest den Weg für eine weitere Verschärfung der Massnahmen geebnet. Der Wunsch nach absoluter Abschottung vor spontan ankommenden Asylsuchenden scheint einem breiten gesellschaftlichen Konsens zu unterliegen. Es bleibt die Frage, wie es möglich ist, dass ein Land – dessen Grossteil der Bevölkerung selbst einen Einwanderungs-, wenn nicht sogar Asylhintergrund hat – kollektiv so einer irrationalen Asylpanik verfallen kann? ■

¹² Cox, Lisa: «Nope, nope, nope: Tony Abbott says Australia will not resettle refugees in migrant crisis», 21 Mai 2015, <http://www.smh.com.au/federal-politics/political-news/nope-nope-nope-tony-abbott-says-australia-will-not-resettle-refugees-in-migrant-crisis-20150521-gh6eew.html> (13.09.2015).

Anzeige - Annonce



Kurse und Studiengang
Der flexible Einstieg in den hoch modularen CAS Hochschullehre ist jederzeit möglich. Alle Kurse können einzeln besucht werden.

Innovative Kursthemen
... «Studierende proben den Ernstfall: Planspiele in der Hochschullehre» oder «Schneller vom Wissen zum Handeln» oder «Wie Sie in Lehrevaluationen blendend abschneiden» oder ...

«Viel gelernt – nichts verstanden? Kognitionspsychologische Erkenntnisse für die Hochschullehre»
Nationale Tagung an der Universität Bern
Samstag, 30. April 2016, 9.30 – 17 Uhr
Informationen unter www.lehre.unibe.ch

Lehren Sie wohl!



Informationen: www.hochschuldidaktik.unibe.ch, hd@zuw.unibe.ch, Telefon 031 631 55 32

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN